

Volkes.«<sup>96</sup> Außerdem ließ die Besatzungsmacht Goldberger, der schließlich Mitglied der PCR und nicht der Ungarischen Kommunistischen Partei war, die politische Machtübernahme durch die FND in dem Gebiet durchführen. Aktivitäten irgendwelcher Art seitens der ungarischen Kommunisten gab es jedenfalls nicht. Noch am 1. Dezember hatte Vyšinskij auf einer Versammlung der Pflügerfront die Rückgabe Nordsiebenbürgens als große Geste der Sowjetunion und der Alliierten gegenüber einem Land bezeichnet, das einen Krieg verloren habe. Die faktische Loslösung des Gebietes von Rumänien sprach er indes nicht an<sup>97</sup>. Auch dies kann als sicherer Hinweis dafür gelten, daß es sich lediglich um eine zeitlich begrenzte Maßnahme handelte.

Mit der Parole, daß nur eine von der FND geführte Regierung das Gebiet zurückerhalten würde, sollten die bürgerlichen Parteien Rumäniens politisch ausmanövriert werden. Unmittelbar nach Amtsantritt der Regierung Groza wurde Nordsiebenbürgen wieder der rumänischen Verwaltung unterstellt, um mit dieser populären Entscheidung das Kabinett Groza innenpolitisch zu stützen<sup>98</sup>. Gleichzeitig konnten die Kommunisten unbehelligt die wichtigsten Positionen in der Verwaltung des Gebietes mit den eigenen Leuten besetzen. Zaranisten und Liberale wurden dabei mit allen Mitteln verdrängt. Dennoch bleibt festzuhalten, daß auch durch die Wiedereinführung der rumänischen Verwaltung in Nordsiebenbürgen durch die Regierung Groza diese keine Mehrheit in der rumänischen Bevölkerung gewinnen konnte. Die von den Kommunisten dominierte Regierung der »Nationaldemokratischen Front« repräsentierte bis zur Gründung der Volksrepublik Rumänien Ende Dezember 1947 nur eine Minderheit im Lande.

<sup>96</sup> Arhivele Naționale, Arhiva CC al PCR [Archiv des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rumäniens], Fond 49, U. P. Nr. 16, S. 179, Mikrofilmrolle Nr. 1401.

<sup>97</sup> PRO 371/48570, S. 4-5.

<sup>98</sup> STEPHEN FISCHER-GALATI: Twentieth Century Rumania. New York 21991, S. 92-93.

## Der Ungarn-Aufstand 1956 und seine Auswirkungen auf die ungarische Minderheit in Siebenbürgen

RALF THOMAS GÖLLNER

Mit dem Tod Stalins am 5. März 1953 veränderte sich allmählich in der Sowjetunion die politische Lage und die langsame, mit Rückschritten verbundene Abkehr von den stalinistischen Terrormethoden wirkte sich auch auf die Satellitenstaaten aus. Rákosi, der in Methode und Programm Stalin getreu gefolgt war, mußte sein Amt als Regierungschef Ungarns an den Moskowiter Imre Nagy abgeben, blieb aber als Parteichef der ungarischen Kommunisten weiter einflußreich. Vor dem Hintergrund der sich ändernden politischen Gegebenheiten in der Sowjetunion begann Nagy mit der Entstalinisierung und schlug den Weg eines Reformkommunismus ein, der sich in der Auflösung der Internierungslager und der Aufhebung der Deportationen manifestierte. Nach Malenkows Sturz im April 1955 konnte Rákosi jedoch die Macht wieder übernehmen und versuchte daraufhin, die von Nagy begonnenen Reformen rückgängig zu machen. Des weiteren wollte er nach stalinistischem Muster jugoslawische Intellektuelle verhaften lassen, doch Chruschtschow, der aus dem Duumvirat mit Malenkow als politischer Sieger hervorgegangen war<sup>1</sup>, verweigerte ihm hierfür im Interesse der sowjetisch-jugoslawischen Versöhnung die Unterstützung und ließ ihn fallen. Rákosis Nachfolger Ernő Gerő verfolgte eine ähnlich oppressive Innenpolitik, so daß sich eine Sympathiekundgebung für Polen, für den ehemaligen Ministerpräsidenten Nagy und für politische Reformen in Ungarn am 23. Oktober 1956 zu einer Revolution entwickelte. Dieses Ereignis sollte in den darauffolgenden Jahrzehnten nicht nur für Ungarn, sondern auch für die meisten ostmittel- und südosteuropäischen Staaten von großer innen- und außenpolitischer Bedeutung sein.

In Budapest wurde der gesamte kommunistische Machtapparat innerhalb weniger Tage aufgelöst und als Ziele der Aufständischen die Neutralität, der Austritt aus dem Warschauer Pakt und die Errichtung einer Donau-Konföderation unter Einbeziehung der ungarischen Minderheiten<sup>2</sup> in den Nachbarstaaten formuliert. Letzteres und die Absicht der Aufständischen, für die ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten einzutreten, erweiterte die Revolution um den ethnischen Aspekt, jedoch nicht unter nationalen Vorzeichen, wie

<sup>1</sup> Vgl. hierzu EDGAR HÖSCH: Geschichte Rußlands. Vom Kiever Reich bis zum Zerfall des Sowjetimperiums. Stuttgart u. a. 1996, S. 394-398.

<sup>2</sup> ROBERT R. KING: Minorities under Communism. Nationalities as a Source of Tension among Balkan Communist States. Harvard 1973, S. 77-79 und JULIA NANAY: The Hungarian Minority in Rumania. In: ANNA FAY SANBORN u. a. (Hgg.): Transylvania and the Hungarian-Rumanian Problem. Astor 1979, S. 229.

beispielsweise der Aufruf des »Revolutionären Nationalrates« in Veszprém verdeutlicht: »Die ungarische Regierung sollte den jenseits der ungarischen Grenzen lebenden Magyaren mehr Beachtung widmen und mit diesen Minderheiten in Kontakt treten. Das außenpolitische Komitee des Parlamentes sollte die Revision des Warschauer Paktes und die Errichtung einer Donau-Konföderation vorschlagen.«<sup>3</sup> Außerdem muß Ungarn »an der Etablierung von Kossuths großem Vermächtnis, der Konföderation der Völker im Donauraum, arbeiten. Dies muß die wichtigste Forderung unserer außenpolitischen Bestrebungen sein, weil die kleinen Nationen, die in diesem Raum leben, nur so dauerhaft ihre Unabhängigkeit sichern können.«<sup>4</sup> Die Revolutionäre waren bemüht, den Nachbarstaaten die Furcht vor einem neuen ungarischen Revisionismus zu nehmen und Radiostationen sendeten in ungarischer, rumänischer und slovakischer Sprache Verlautbarungen, welche dies betonten.<sup>5</sup>

Aus innenpolitischen, innerparteilichen und aus macht- sowie stabilitätspolitischen Erwägungen beschloß Chruschtschow, die militärische Niederschlagung der Revolution<sup>6</sup>. Dies kann auf den Prestigeverlust Chruschtschows im eigenen Lager und den drohenden Machtverlust zurückgeführt werden. Bedeutsam war für die sowjetische Führung aber auch die Sympathie, welche die Bevölkerung der anderen osteuropäischen Staaten, aber auch die sowjetische Jugend den Ungarn entgegenbrachte und dadurch den sowjetischen Machterhalt in Ungarn gefährdete.<sup>7</sup>

### *Perzeption des Aufstandes in Siebenbürgen*

Die Perzeption des Ungarn-Aufstandes durch die Siebenbürger Ungarn gehört zu den wenig erforschten Bereichen der rumänischen und ungarischen Nachkriegshistoriographie. Dieses liegt zum einen daran, daß bis 1989 der Aufstand in Ungarn als »Konterrevolution« bezeichnet und dadurch zum Tabuthema wurde, so daß erst nachdem Staatsminister Imre Pozsgay ihn im Januar 1989 als Volksaufstand bewertete, eine Auseinandersetzung mit den Ereignissen möglich war.<sup>8</sup> Zum anderen liegt es am geringen Interesse der rumänischen Politik und

<sup>3</sup> Revolutionärer Nationalrat in Veszprém. In: ENDRE HARASZTI: *The Ethnic History of Transylvania*. Astor 1971, S. 184.

<sup>4</sup> Magyar Szabadság vom 1. November 1956, S. 1. Zitiert nach HARASZTI, S. 184.

<sup>5</sup> KING a. a. O., S. 78-79.

<sup>6</sup> Vgl. hierzu THOMAS VON BOGYAY: *Grundzüge der Geschichte Ungarns*. Darmstadt 1990, S. 143-144. ANDREAS OPLATKA: *Der Eisener Vorhang reißt. Ungarn als Wegbereiter*. Zürich 1990, S. 102-107. HÖSCH a.a.O., S. 398-399.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu GYULA ZATHURECZKY: *Transylvania. Citadel of the West*. Astor 1964, S. 54-55.

<sup>8</sup> LÁSZLÓ VARGA: *Geschichte in der Gegenwart. Das Ende der kollektiven Verdrängung und der demokratische Umbruch in Ungarn*. In: RAINER DEPPE u. a. (Hgg.): *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*. Frankfurt/M. 1991, S. 177.

Forschung, diesen Themenkomplex aufzugreifen. Dabei markierte die Revolution und ihre Auswirkungen in der siebenbürgisch-ungarischen Gesellschaft den Beginn einer offen-oppressiven Minderheitenpolitik. Im Folgenden soll versucht werden, trotz unzureichender Quellenlage ein Bild der Perzeption in Siebenbürgen zu zeichnen, wobei auch auf Erfahrungsberichte zurückgegriffen wird.

Obwohl die ungarisch-rumänische Staatsgrenze nahezu hermetisch abgeriegelt war, gelangten immer wieder Nachrichten und auch Druckerzeugnisse von Ungarn nach Siebenbürgen. Gleiches galt für Informationen über den Aufstand und seine Zielsetzungen. Die Meldungen des Freien Kossuth-Senders in Budapest konnten in Rumänien empfangen werden und »in den siebenbürgischen Städten und Dörfern stellten viele Leute [...] in den letzten Oktobertagen das Radiogerät ans offene Fenster, so daß diese von mehreren Nationalitäten bewohnten Ortschaften von den Nachrichten«<sup>9</sup> erfuhren. Daraufhin kam es in vielen siebenbürgischen Städten, aber auch in Bukarest und Jassy, zu Sympathiekundgebungen. Bezeichnend hierfür ist, daß der Ausgangspunkt der Solidaritätskundgebungen und der Systemkritik das traditionelle, von Ungarn bewohnte Gebiet entlang der Westgrenze sowie um Temeschwar und Klausenburg war. Die Auswirkungen griffen von da aus auf das Landesinnere bis nach Bukarest und Jassy über.

Die ersten Reaktionen auf die Ereignisse in Ungarn zeigten sich in erster Linie unter den Studenten und Schülern der Mittel- und Oberstufen. Schüler und Studenten aller Nationalitäten unterstützten anfangs noch symbolisch die ungarische Revolution und viele Ungarn überquerten sogar die Grenze nach Ungarn, um den Revolutionären Beistand zu leisten. Der Solidarisierung der Studenten vorangegangen war der Versuch, einen Studentenbund zu gründen. Die Studentenfürher der Fakultät für Geschichte und Philologie der ungarischen Bolyai-Universität in Klausenburg, die mit der Ausarbeitung des Programms betraut worden waren, forderten die Einführung des Kollegsystems, Pluralismus und Selbstverwaltung. Dies waren selbstverständlich Ziele, die den Vorstellungen der kommunistischen Machthaber zuwiderliefen und als nationalistisch und konterrevolutionär bezeichnet wurden<sup>10</sup>. In dieser bereits angespannten Atmosphäre erreichte die Studenten die Nachricht von den Budapester Ereignissen. Mit dem Beginn des Aufstandes in Budapest waren in ganz Rumänien alle Versammlungen verboten, woran sich die Studenten jedoch nicht hielten. In Temeschwar wurde für den 30. Oktober 1956 eine Vollversammlung einberufen, um zwei Fragen zu erörtern: einerseits die Bekanntgabe der genauen

<sup>9</sup> ÁDÁM T. SZABÓ: "1956" - Resonanz und Folgen der Resonanz in Rumänien. In: *Siebenbürgische Semesterblätter* 6 (1992) 2, S. 191.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu ZOLTÁN TÓFALVI: *Az 1956-os forradalom utáni magyarellenes megtorlások Romániában (I)* [Die ungarnefeindlichen Repressalien in Rumänien nach dem Aufstand von 1956]. In: *Bécsi Napló* 13 (1992) 5, S. 5.

Lage in Budapest und andererseits die Sorgen der Studenten<sup>11</sup>. Der Verlauf der Versammlung, die vom rumänischen Sicherheitsdienst »Securitate« mit Gewalt aufgelöst wurde, zeigte die eigentliche Zielsetzung der Studenten. »In ›Ungarn ist Revolution, die Revolution eines ganzen Volkes, das gegen seine Unterdrücker aufgestanden ist. Dort hat man gerufen: Raus aus dem Land mit den Russen. [...] Unser Land ist in der gleichen Lage, wie das benachbarte und befreundete Land.« [Ungarn, Anm. d. Verf.]. Der Saal begann zu dröhnen: ›Wir haben genug von der Knechtschaft. Raus mit den Russen aus unserem Land! Wir wollen Freiheit! Hände weg von Ungarn.« Damals schrien die rumänischen, ungarischen und deutschen Studenten gemeinsam die bis dahin als ketzerisch betrachteten Worte.<sup>12</sup> Diese Ansprache hielt der damalige Student und Beteiligte Aurel Baghiu, der nach 1990 Wissenschaftler und Vizepräsident des Rumänischen Antitotalitären Forums war<sup>13</sup>. Sie spiegelt die Essenz der Forderungen wider.

Die Reaktion in der Bevölkerung Rumäniens beruhte hauptsächlich auf der inhaltlichen Übereinstimmung mit den Forderungen der ungarischen Revolutionäre und der Sympathie für diese sowie ihre Ziele. Zwar wurde vereinzelt auch die Wiedervereinigung Siebenbürgens mit Ungarn gefordert<sup>14</sup>, doch die Systemkritik übertraf den nationalen Aspekt. Dieses wird auch daraus ersichtlich, daß sich die rumänischen Studenten den Forderungen der ungarischen angeschlossen haben, und daß die Sympathiekundgebungen dezidiert systemkritischen Charakter hatten<sup>15</sup>. So forderten die Studenten der Babeş-Universität in Klausenburg die ungarischen Studenten der Bolyai-Universität auf, gemeinsam mit ihnen für den ungarischen Aufstand und für die rumänische Unabhängigkeit zu demonstrieren und verlangten die Abschaffung des Russischen als Pflichtsprache in den Schulen und Universitäten<sup>16</sup>. Die der ungarischen Sprache kundigen rumänischen Studenten verfolgten in diesen Tagen gemeinsam mit ihren magyarischen Kommilitonen die Meldungen des Budapester Radios, während die übrigen ihre Informationen den Rundfunksendern »Radio Free Europe«, »Voice of America« oder »BBC« entnahmen<sup>17</sup>. Derart informiert, war die Zusammenarbeit der verschiedenen Nationalitäten nicht nur möglich, sondern auch von beiden Seiten erstrebt: eine Konstellation,

<sup>11</sup> Vgl. hierzu TÓFALVI, S. 5-6.

<sup>12</sup> ZOLTÁN TÓFALVI: Az 1956-os forradalom utáni magyarellenes megtorlások Romániában (II) [Die ungarfeindlichen Repressalien in Rumänien nach dem Aufstand von 1956]. In: Bécsi Napló 13 (1992) 6, S. 5. [Übers. d. Verf.].

<sup>13</sup> TÓFALVI a.a.O. (I), S. 5.

<sup>14</sup> MARTIN KRÁL: Hungarians in Modern Rumania: From Autonomy to Assimilation. In: Ungarn-Jahrbuch 8 (1977), S. 178.

<sup>15</sup> TÓFALVI a.a.O. (II), S. 5.

<sup>16</sup> Vgl. hierzu GIȚA IONESCU: Communism in Rumania 1944-1962. London 1964, S. 267-268. HARASZTI, S. 183.

<sup>17</sup> FODOR SÁNDOR: Diverzió Kolozsváron. In: Erdély Magyarág 3 (1992) 12, S. 13.

wie es sie in der gemeinsamen Geschichte von Rumänen und Ungarn bis dahin nicht gegeben hatte.

Parallel zu diesen Ereignissen solidarisierten sich, ähnlich wie in Budapest, die Studenten, die Arbeiter und die Bauern. Insbesondere in Bukarest, wo die Eisenbahner sich den Protesten anschlossen und damit das wichtigste Verkehrsmittel in seiner Funktion bedrohten, aber auch in der sowjetischen Garnisonsstadt Jassy und in Temeschwar wurden die Arbeiter aktiv. Die Demonstrationen vor allem in Jassy hatten schon fast den Charakter einer Revolution<sup>18</sup>. Auch hier zeigte sich der zum Teil antikommunistische Charakter in der Forderung nach Aufhebung der Kollektivwirtschaften<sup>19</sup> und der Beseitigung der Bewirtschaftungsreglementierung. Daraus geht hervor, daß die Sympathiekundgebungen für den Ungarn-Aufstand allmählich die Kennzeichen einer im Ausland wenig wahrgenommenen Protestbewegung annahmen, deren Ziel die Beseitigung des kommunistischen Systems und dessen Rechtsordnung war.

Die Perzeption in Siebenbürgen umfaßte folglich den inhaltlichen Aspekt des Aufstandes in Ungarn. Die Systemkritik und die Erkenntnis der situativen Übereinstimmung wurde aber auch durch den Aspekt der »ethnisch begründeten Unterstützungsabsicht« der Ungarn durch die Siebenbürger Magyaren erweitert. Daher können die ungarisch bewohnten Gebiete als Schwerpunkte der Kundgebungen angesehen werden. Die Tatsache, daß manche Demonstrationen den Gedanken einer Donau-Konföderation aufgriffen, antisowjetische aber auch antirumänische Tendenzen in Form von Wiedervereinigungsbestrebungen aufwiesen, führte in der Folgezeit zur Verhärtung des rumänischen nationalistischen Kurses und zu antiungarischen Maßnahmen.

### *Die rumänische Reaktion*

Als der Aufstand in Ungarn ausbrach, hielten sich der Parteisekretär Gheorghe Gheorghiu-Dej, Premierminister Chivu Stoica, sein Stellvertreter Petre Borila und der Außenminister Grigore Preoteasa auf einem offiziellen Besuch in Jugoslawien auf. Als sich in Budapest die Demonstrationen zum Aufstand ausweiteten, brachen die rumänischen Politiker die Konferenz ab und kehrten am 28. Oktober nach Bukarest zurück, um ein Übergreifen der Unruhen auf Siebenbürgen, das sich durch die Sympathiekundgebungen in den genannten Städten abzeichnete, zu verhindern<sup>20</sup>. Die Entmachtung des Stalinisten Rákosi,

<sup>18</sup> IONESCU a.a.O., S. 268

<sup>19</sup> KRÁL a.a.O., S. 177-178.

<sup>20</sup> HARASZTI a.a.O., S. 183. Auffällig hierbei ist, daß die rumänische Delegation erst am sechsten Tag nach dem Ausbruch der Revolution nach Rumänien zurückkehrte. Es ist fraglich, ob Dej nicht im Auftrag Chruschtschows mit Tito über die Budapester Ereignisse und über die Aus-

der als Garant für den *status quo* in der Siebenbürgenfrage galt, die Ereignisse ab dem 23. Oktober und insbesondere das Theoretisieren in Ungarn über die Errichtung einer Donau-Konföderation unter Einbeziehung Siebenbürgens ließen die rumänische Führung um den Erhalt des rumänischen Staates fürchten. Zudem mutmaßten sie erneute ungarische Ansprüche auf Siebenbürgen für den Fall der Beseitigung des kommunistischen Systems in Ungarn.

Die Anteilnahme der ungarischen Bevölkerung in Siebenbürgen an den Herbstereignissen in Ungarn vermittelte der rumänischen Führung das Bild einer sich isolierenden ungarischen Bevölkerung, die weniger Interesse am rumänischen Leben als an den Ereignissen in Ungarn zeigte. »Eine solche Gefahr glaubte man im besonderen erkennen zu können, als der Aufstand in Ungarn 1956 auch auf die magyarisch besiedelten Gebiete Rumäniens überzugreifen drohte«.<sup>21</sup> Soweit es sich heute nachvollziehen läßt, wurde diese Auffassung dadurch bestärkt, daß der Anstoß zu den Solidaritätskundgebungen aus den studentischen ungarischen Kreisen kam. Indem die Forderungen der Budapester Aufständischen von ihnen inhaltlich übernommen und zueigen gemacht wurden, sah die rumänische Regierung die Gefahr einer Destabilisierung des Systems. Auch überraschte die rumänische Führung, daß Rumänen und Ungarn »gemeinsam ihre Sympathie für das Ungarn von 1956, für den Kampf der ungarischen Hauptstadt gegen den Totalitarismus zum Ausdruck«<sup>22</sup> gebracht hatten. Die rumänische Führung mußte zudem feststellen, daß mit Ausnahme Polens in keinem anderen Staat des Ostblocks derart offen die Solidarität mit den ungarischen Revolutionären und deren Zielen bezeugt wurde.

Des weiteren war der Donau-»konföderative« Gedanke konträr zu den Zielen der Rumänischen Arbeiterpartei (RAP) und der rumänischen Nationalisten. Um der Sowjetunion die »Treue« zu demonstrieren, ergriff die Führung repressive Maßnahmen, die sich insbesondere gegen die ungarische Minderheit richteten, die als Revisionisten und Konterrevolutionäre<sup>23</sup> bezeichnet wurden. Die in Rumänien zusammengezogenen und verstärkten sowjetischen Militäreinheiten stabilisierten die Macht der rumänischen Regierung und ermöglichten ihr erst das massive Vorgehen gegen die Unruhen im eigenen Land.<sup>24</sup>

Nach der Niederschlagung des Aufstandes unterstützte Rumänien aus territorialen, innen- und außenpolitischen Erwägungen bei der Restauration des kommunistischen Systems Ungarns sowohl die Sowjetunion als auch die neue

wirkungen eines unabhängigen und im Westen integrierten Ungarn auf die Nachbarstaaten diskutierte. IONESCU a.a.O., S. 267.

<sup>21</sup> ALFRED BOHMANN: Menschen und Grenzen, Band 2. Bevölkerung und Nationalitäten in Südosteuropa. Köln 1969, S. 174.

<sup>22</sup> SZABÓ a.a.O., S. 191.

<sup>23</sup> Vgl. hierzu ELEMÉR ILLYÉS: Nationale Minderheiten in Rumänien. Siebenbürgen im Wandel. Wien 1981, S. 138.

<sup>24</sup> Vgl. hierzu IONESCU a.a.O., S. 268.

Regierung unter Kádár. Letzterer erkannte die territoriale Integrität Rumäniens offiziell an und die Sowjetunion bezeichnete Rumänien bei einem Regierungstreffen vom 26. November bis 3. Dezember 1956 als »vertrauenswürdigen Verbündeten«<sup>25</sup>. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang die Rolle Rumäniens bei der Hinrichtung Imre Nagys. Es konnte zwar nie nachgewiesen werden, aber in der Literatur wird die Vermutung geäußert, daß Nagy, der am 23. November 1956 aus der jugoslawischen Botschaft in Budapest nach Rumänien ausreisen durfte, mit Hilfe der rumänischen Führung hingerichtet wurde<sup>26</sup>.

Bezeichnend für die rumänische Perzeption ist ihre Reaktion auf die innerstaatlichen Vorgänge. Die erwähnten Reaktionen der magyarischen Bevölkerung griffen auf die ungarischen Einheiten der rumänischen Armee über, so daß Teile der Armee ihre Waffen an die sowjetischen Truppen abgeben mußten<sup>27</sup>. Rumänische und sowjetische Einheiten wurden in die von Ungarn bewohnten Gebiete verlegt, Versammlungen durch Polizeieinheiten oder die »Securitate« aufgelöst und die Staatsgrenzen gesperrt, um den Informationsfluß und die Unterstützung des Aufstandes durch Siebenbürger Ungarn zu unterbinden. In einigen ungarischen Gebieten wurde eine Ausgangssperre verhängt und das Reisen untersagt. Ausländer wurden aus Siebenbürgen ausgewiesen, nachdem ein Reporter der »New York Times« über die Ereignisse berichtet und die Lage der RAP angesichts der Demonstrationen pessimistisch beurteilt hatte<sup>28</sup>. Die ungarische Bolyai-Universität und ihre Studentenwohnheime wurden von der Armee besetzt, Professoren, Studenten und Intellektuelle hauptsächlich ungarischer Nationalität unter dem Vorwurf der »Konterrevolution« verhaftet<sup>29</sup>. Die Verhaftungswelle erfaßte »etwa 10.000 Personen, deren überwiegender Teil Angehörige der magyarischen Nationalität waren; bald wuchs die Zahl der Verhaftungen auf 40.000 Personen an«<sup>30</sup>, deren überwiegender Teil Haftstrafen von 20 bis 25 Jahren erhielt, während ein anderer Teil zur Zwangsarbeit am Donau-Schwarzmeer-Kanal verschleppt wurde. Einige wenige wurden zum Tode verurteilt. Von den Todesurteilen wurde eines mit der Hinrichtung von Kálmán Sass auch vollzogen<sup>31</sup>.

<sup>25</sup> ANDREA R. SÜLE: Romániai politikátörténet 1944-1990. In: GÁBOR HUNYA u. a. (Hgg.): Románia 1944-1990. Gazdaság- és politikátörténet [Rumänien 1944-1990. Wirtschaftliche und Politische Geschichte]. Budapest 1990, S. 229-230. Vgl. hierzu auch NÁNYAY a.a.O., S. 231-232.

<sup>26</sup> NÁNYAY a.a.O., S. 231.

<sup>27</sup> KING a.a.O., S. 82.

<sup>28</sup> New York Times vom 30. Oktober 1956, S. 17. Vgl. hierzu NÁNYAY a.a.O., S. 230 und S. 248, Anm. 62.

<sup>29</sup> Vgl. hierzu SZABÓ a.a.O., S. 192-193 und TÓFALVI a.a.O. (II), S. 5. und KING a.a.O., S. 82.

<sup>30</sup> ILLYÉS a.a.O., S. 139.

<sup>31</sup> István Tőkés: A romániai magyar református egyház élete 1944-1989 [Das Leben der ungarischen reformierten Kirche in Rumänien 1944-1989]. Budapest 1990, S. 96. KING berichtet im Gegensatz zu Tőkés von acht Hinrichtungen, S. 82.

Da die Demonstrationen in zunehmendem Maße einen systemkritischen und weniger ethnischen Charakter aufwiesen, »versuchten die Machthaber den antikommunistischen Charakter der Studentenbewegungen um jeden Preis zu minimalisieren.«<sup>32</sup> Zu diesem Zweck verfolgte die rumänische Führung eine polyvalente Politik der Zugeständnisse, der ethnischen Stratifikation und Oppression. Am 30. Oktober 1956 wurden die Arbeiterlöhne, die Renten und das Kindergeld erhöht. Die minderheitenpolitischen Forderungen der Ungarn sollten durch die Stärkung des »brüderlichen Verhältnisses zwischen dem rumänischen Volk und der ungarischen Minderheit«<sup>33</sup> erfüllt werden. Zu Propagandazwecken wurden in Siebenbürgen Versammlungen einberufen, auf denen die Einheit der Bevölkerung Rumäniens und die marxistischen Ziele bekräftigt wurden. Die erste rumänische Stellungnahme zu den Ereignissen war ein Zeitungsartikel in der »Scînteia«<sup>34</sup>, in dem die RAP für die Sicherung der Minderheitenrechte eintrat.

Stratifikativ wirkte sich die Beschuldigung der ungarischen Minderheit als »konterrevolutionär und chauvinistisch« aus. Durch die taktisch motivierte Überbetonung der Wiedervereinigungsforderung mancher Ungarn »konnte die mit der ungarischen Revolution sympathisierende rumänische Intelligenz entzweit«<sup>35</sup> und der systemverändernden Absicht der Bewegung der nationale und territoriale Aspekt angelastet werden. Außerdem wurden die Forderungen der aufständischen Budapester Studenten, zusammengefaßt auf einem Flugblatt in 14 Punkten, in Rumänien veröffentlicht und ein fünfzehnter Punkt hinzugefügt. Der eigentliche Forderungskatalog, bestehend aus den ersten 14 Punkten, enthielt keinerlei revisionistische oder antirumänische Positionen und wurde durch den hinzugefügten Punkt, der »die sofortige Zurückeroberung Siebenbürgens«<sup>36</sup> beinhaltete, verfälscht. Der latent vorhandene Territorialkonflikt konnte so den systemkritischen Charakter überlagern und die Forderungen der Demonstranten durch die neue ethnopolitische Sinnggebung entkräften und die siebenbürgischen Nationalitäten entzweien.

Erweitert wurde diese Methode durch die Oppression der Intellektualität, von der auch Rumänen betroffen waren. Bereits während der Ereignisse in Budapest setzte eine antiungarische Politik ein, die die Beseitigung der ungarischen Intelligenz zum Ziel hatte. Oben erwähnte Verhaftungen setzten sich auch nach der Niederschlagung der Revolution fort, so daß »im Hinblick auf das Zahlenverhältnis die hiesigen Ungarn [das heißt die Intellektualität der Siebenbürger Ungarn, Anm. d. Verf.] einen größeren Verlust erlitten haben, als

<sup>32</sup> TÓFALVI a.a.O. (II), S. 5. [Übers. d. Verf.]

<sup>33</sup> KING a.a.O., S. 83.

<sup>34</sup> Vgl. hierzu NÁNYAI a.a.O., S. 230. Die »Scînteia« war das Presseorgan des Zentralkomitees der RAP.

<sup>35</sup> SZABÓ a.a.O., S. 193.

<sup>36</sup> HARASZTI a.a.O., S. 184.

jene in Ungarn.«<sup>37</sup> Ein Großteil der ungarischen Intellektualität wurde aus ihren Berufen verdrängt, und es folgte eine schrittweise Rumänisierung. Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch die Präsenz der sowjetischen und rumänischen Armee in den ungarischen Gebieten, wobei die »Securitate« eine besondere Rolle spielte. Sie verhaftete die Personen, die an den Ereignissen teilgenommen hatten, folterte sie und erzwang Schuldgeständnisse im Sinne des Revanchismus und der konterrevolutionären Tätigkeit.

Die Ereignisse in Siebenbürgen zeigten der rumänischen Führung die Anteilnahme der siebenbürgischen Magyaren an den Ereignissen in Ungarn und die in weiten Teilen der Bevölkerung unterschwellig vorhandene antikommunistische Stimmung. Anders als die Ereignisse in Polen, verdeutlichte dies der Aufstand und seine Auswirkungen auf Rumänien und »die rumänische Regierung fürchtete die Entwicklung in Ungarn in dem Maße, wie sie der Bevölkerung Hoffnung gab.«<sup>38</sup> Die rumänische Regierung nützte den latent vorhandenen Antimagyarismus weiter Teile der rumänischen Bevölkerung aus, steigerte die Furcht vor Grenzveränderungen, um den Demonstrationen, die primär gegen den Kommunismus gerichtet waren, eine nationalistische Wendung zu geben und zugleich die destabilisierenden Umstände zu beseitigen. Dieses erfolgte in oben erwähnter Art und Weise und kennzeichnet den Wendepunkt der rumänischen Nationalitätenpolitik. Die bis dahin mit Einschränkungen positive Stellung der ungarischen Minderheit im rumänischen System erfuhr einen einschneidenden Wandel, der die nationale Vereinheitlichung und Integration zum Ziel hatte. Die Oppression der Ungarn erfolgte aus innenpolitischen und nationalen Erwägungen und war außenpolitisch abgesichert. Sowohl die veränderte Haltung der Sowjetunion gegenüber den Ungarn im allgemeinen, als auch die innenpolitischen Veränderungen und die beginnende Destalinisierung unter Chruschtschow, wie die sowjetische Perzeption Rumäniens als zuverlässigen Verbündeten, ermöglichten eine Wandlung der Nationalitätenpolitik und einen Sonderweg innerhalb des Warschauer Paktes.

#### *Auswirkung auf die rumänische Politik*

Mit dem Tod Stalins 1953 und der beginnenden Destalinisierung hatte in Rumänien eine unterschwellige Derussifizierung und die allmähliche Abweichung der rumänischen Politik begonnen.<sup>39</sup> Diese Derussifizierung offenbarte sich in erster Linie in der Umdeutung der nationalen Geschichte, dem Ersetzen russo-slavischer Elemente im geistigen Bereich durch dako-

<sup>37</sup> TÓFALVI a.a.O. (I), S. 5. [Übers. d. Verf.]

<sup>38</sup> IONESCU a.a.O., S. 259.

<sup>39</sup> Vgl. hierzu die Erkenntnisse in der Dissertation von GERD FRICKENHELM: Die rumänische Abweichung. Eine Beschreibung und Analyse ihrer Entstehung. Münster 1990.

lateinische, der außenpolitischen und der RGW-internen ökonomischen Neuorientierung. In Zusammenhang mit diesem Wandel erfolgte auch die innen- und nationalitätenpolitische Neuausrichtung. Daß diese Wendung zum nationalen Kommunismus<sup>40</sup> von der Sowjetunion toleriert wurde, ist auf die Haltung der rumänischen Führung während der ungarischen Revolution und der Unruhen im eigenen Land, sowie auf die Beibehaltung des kommunistischen Systems zurückzuführen. Der Ungarn-Aufstand bot der Führung die willkommene Gelegenheit, »die als Eingriffe in die rumänische Souveränität«<sup>41</sup> empfundenen Forderungen der Sowjetunion in Bezug auf die Siebenbürger Ungarn, also die Errichtung der Autonomen Ungarischen Region, einzuschränken, da die »Privilegien« der ungarischen Minderheit »das Gefühl der Zurücksetzung rumänischer Interessen und Rechte«<sup>42</sup> ausgelöst hatten. Der sich abzeichnende national geprägte politische Kurs erfuhr seine Erweiterung durch die Aspekte der Demagyarisierung<sup>43</sup>, der zunehmenden Entfaltung des rumänischen Nationalbewußtseins und der Eigenständigkeitsbestrebungen.

Nach den reaktiven Maßnahmen im Zuge der Herbstereignisse in Ungarn aus dem Jahr 1956 erfolgte die erneute Stabilisierung des kommunistischen Systems Rumäniens, das durch die Unruhen möglicherweise hätte beseitigt oder verändert werden können<sup>44</sup>. Die ersten antiungarischen Ansätze manifestierten sich in der unterschiedlichen Bestrafung der an den Unruhen Beteiligten<sup>45</sup>. Es wurden bedeutend mehr Angehörige der ungarischen Minderheit verhaftet als Rumänen oder Deutsche und die »Urteilssprüche gegen die ungarischen Studenten waren bedeutend härter als die Bestrafung ihrer rumänischen Schicksalsgenossen.«<sup>46</sup> Die Zielsetzung der rumänischen Politik umfaßte die Reduzierung beziehungsweise Auflösung und innerstaatliche Distribution der ungarischen Intelligenz, die als destabilisierender Faktor angesehen wurde. Diese fanden in der Folgezeit nur noch im Altreich eine entsprechende Anstellung und wurden so aus Siebenbürgen verdrängt<sup>47</sup>. Der ungarische Schriftstellerverband wurde aufgelöst, seine Mitglieder mußten dem rumänischen Schriftstellerverband

<sup>40</sup> HARASZTI a.a.O., S. 187.

<sup>41</sup> *Bukarest und die Minderheiten*. Wandlungen der Nationalitätenpolitik in Rumänien. In: Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa 13 (1964) 8/9, S. 142.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 141.

<sup>43</sup> NÁNYAY a.a.O., S. 229.

<sup>44</sup> IONESCU a.a.O., S. 271.

<sup>45</sup> An diesen Bestrafungen war auch der damalige Vorsitzende des Rumänischen Studentenverbandes und der Staatspräsident der Jahre 1990 bis 1996, Ion Iliescu, beteiligt. Vgl. hierzu MARTYN RADY: *Romania in Turmoil. A Contemporary History*. London u. a. 1992, S. 123: »As the chairman of the Romanian Union of Students Associations, he [Ion Iliescu, Anm. d. Verf.] had led the reprisal actions against young people who had demonstrated in 1956 in support of the Hungarian Revolution.« Siehe auch TÓFALVI a.a.O. (II), S. 5.

<sup>46</sup> TÓFALVI a.a.O. (II), S. 5. [Übers. d. Verf.]

<sup>47</sup> LÁSZLÓ RÉVEZ: *Minderheitenschicksal in den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie*. Unter besonderer Berücksichtigung der magyarischen Minderheit. Wien 1990, S. 152.

beitreten, um der nationalen Isolierung entgegenzusteuern<sup>48</sup>. Nationale Abkapselung ist in diesem Zusammenhang ebenfalls als sprachliche Absonderung zu verstehen, da eine wirkliche Isolierung aus systemaren Gründen unmöglich war. Diese negative Tendenz der Nationalitätenbehandlung zeigte sich auch im Bereich des ungarischen Schulwesens, das, »beginnend mit dem Schuljahr 1956/57 stark abgenommen [hat], während die in das rumänische Schulwesen eingegliederten (zweisprachigen) Sektionen an Zahl«<sup>49</sup> zunahmen. Während im Schuljahr 1955/56 noch 1022 vierklassige ungarische Grundschulen und nur 38 ungarische Sektionen an rumänischen Grundschulen existierten, wurde bis zum Schuljahr 1958/59 die Verteilung erheblich gewandelt: Die Anzahl der ungarischen Grundschulen verringerte sich auf 915, die magyarischen Sektionen an den rumänischen Bildungsanstalten wurden auf 124 erhöht und die Tendenz der Integration der minderheitlichen Sektionen in rumänische Schulen setzte sich fort<sup>50</sup>. Die Veränderungen im Ausbildungsbereich können hier nicht detailliert wiedergegeben werden. Dennoch muß hier darauf hingewiesen werden, daß auch im Bereich des Hochschulwesens eine restriktive Bildungspolitik mit explizit rumänisierender Tendenz verfolgt wurde, welche die Umkehrung der von Stalin »aufgenötigten Madjaren-Politik«<sup>51</sup> war. Die Hochschulreform vom 26. Juli 1957 trug maßgeblich zur Reorganisation des rumänischen Hochschulunterrichts bei, die ihren Höhepunkt in der Zwangsvereinigung der Bolyai-Universität mit der Babeş-Universität im Juli 1959 fand. Es wurde argumentiert, daß das Bestehen zweier verschiedensprachiger Universitäten in Klausenburg den Nationalismus und die ungarische Isolation fördere, und daß die Vereinigung beider Lehrstätten »die Erziehung der Studenten im Geiste des sozialistischen Patriotismus und Internationalismus«<sup>52</sup> ermögliche. Dies verdeutlicht, daß die rumänische Führung aufgrund der Herbstereignisse 1956 in Klausenburg in der ungarischen Universität - wohl aber auch in der rumänischen - eine Gefahr sah, und sich wahrscheinlich durch die Zusammenlegung auch eine effizientere Kontrolle der Studenten und Dozenten erhoffte. Eine Solidarisierung der rumänischen und ungarischen Studenten und Intellektuellen konnte, dies hatten die wenigen Tage im Oktober und November 1956 gezeigt, zu einem Politikum werden.

Am deutlichsten manifestierte sich die neue rumänische Nationalitätenpolitik in der erwähnten Nationalisierung der Unruhen. Die Beschuldigung der

<sup>48</sup> BRIGITTE MIHOK: *Ethnostratifikation im Sozialismus*. Aufgezeigt an den Beispielländern Ungarn und Rumänien. Frankfurt/M. u. a. 1990, S. 113.

<sup>49</sup> *Bukarest und die Minderheiten* a.a.O., S. 142.

<sup>50</sup> Vgl. hierzu KING a.a.O., S. 153, BOHMANN a.a.O., S. 187 und WILHELM REITER: *Die Nationalitätenpolitik der rumänischen Volksrepublik im Spiegel ihrer Statistik*. In: *Osteuropa* 11 (1961) 3, S. 191-196.

<sup>51</sup> *Bukarest und die Minderheiten* a.a.O., S. 142.

<sup>52</sup> *Einschränkung der madjarischen Autonomie in Siebenbürgen*. In: *Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa* 8 (1959) 6/7, S. 77.

Ungarn im allgemeinen als irredentistisch und revisionistisch polarisierte aufgrund des Ethnizitätsgedankens die Bevölkerung bereits während der Unruhen und kann auch heute noch festgestellt werden. So wurde einer 14-Punkte-Forderung von Budapester Studenten (die keinerlei revisionistischen Charakter hatte) während der Herbstereignisse ein fünfzehnter Punkt in Rumänien hinzugefügt, der die »sofortige Rückgabe Siebenbürgens« beinhaltet<sup>53</sup>. Durch die derart »hervorgeholte Saat der Zwietracht«<sup>54</sup> gelang es der rumänischen Führung, die Einheit der Demonstranten zu zerstören und die spätere, gegen die ungarische Minderheit gerichtete oppressive Politik zu legitimieren.

Diese innenpolitischen Veränderungen waren außenpolitisch dem Staat Ungarn gegenüber abgesichert. Ungarisch sprechende Rumänen, aber auch Slovaken, wurden zum Neuaufbau des Budapester Staatssicherheitsdienstes »ÁVO«, der während des Aufstandes nahezu vollständig zerstört worden war, eingesetzt<sup>55</sup>. Diese sicherten den *status quo* in der Siebenbürgenfrage auf innerungarischer Ebene, beugten einer national-ungarischen Wendung vor und verbannten den Gedanken einer Donau-Konföderation aus dem politischen Leben. Die Ansprache des damaligen ungarischen Staatssekretärs Kádár bei Radio Bukarest verdeutlicht die Haltung der neuen ungarischen Elite in der Siebenbürgenfrage: »Die ungarische Volksrepublik hat keine territoriale oder sonstige Ansprüche gegenüber irgendeinem Land. Jeder, der einen solchen Anspruch erhebt, ist nicht nur ein Feind der benachbarten Volksdemokratien, die in brüderlicher Freundschaft mit uns leben, sondern im besonderen ein Todfeind der Ungarischen Volksrepublik [...]«<sup>56</sup>

Aus dem Genannten wird der Einfluß des Ungarn-Aufstand auf die Stellung der ungarischen Minderheit deutlich. Somit kann das Jahr 1956 und die damit zusammenhängenden Ereignisse als einer der wichtigsten und einschneidendsten Wendepunkte minoritärer Nachkriegspolitik in Rumänien bezeichnet werden. Auf der Grundlage dieses durch die Sowjetunion abgesicherten neuen Kurses wurde die Minderheitenpolitik in zunehmendem Maße repressiver, und führte durch den rumänischen nationalen Kommunismus unter Ceauşescu zu einer Verschlechterung der Position aller Minderheiten in Rumänien.

<sup>53</sup> HARASZTI a.a.O., S. 184. Als Urheber werden rumänische Stellen vermutet.

<sup>54</sup> TÓFALVI a.a.O. (II), S. 5. [Übers. d. Verf.]. Vgl. hierzu auch HARASZTI a.a.O., S. 185.

<sup>55</sup> Vgl. hierzu IONESCU a.a.O., S. 271. KING a.a.O., S. 84.

<sup>56</sup> Radio Bukarest am 27. Februar 1958. In: NÁNYAY a.a.O., S. 231. und KING a.a.O., S. 89.

*Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 31. Oktober bis 3. November 1991. Hg. EVA SCHMIDT-HARTMANN. München: R. Oldenbourg Verlag 1994 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 20). Gebunden, 336 Seiten.*

Vermag selbst ein aufmerksam die Neuerscheinungen verfolgender Nationalismusforscher heute noch den Überblick über die einschlägige Literatur zu erwerben und zu wahren? Vermögen Ostmittel- und Südosteuropa-Historiker noch kompetente Auskunft zu der Vielzahl an Veröffentlichungen dieses Metiers zu geben? Und haben Studierende eine Chance, sich im wissenschaftlichen Nationalismus-Dschungel zurechtzufinden? Ein Blick etwa in zwei brandneue Zeitschriften, »Nations and Nationalism« und »Nationalism & Ethnic Politics« (beide seit 1995) und die dort angezeigte und besprochene Literatur legen die Antwort nahe: Nein. Es bedarf also dringend der Hilfsmittel zur Orientierung. Ein solches liegt in dem hier anzuzeigenden Sammelband vor.

Es handelt sich nicht um ein umfassendes Handbuch, die einzelnen Beiträge aber führen auf hohem Niveau in die theoretischen Grundlagen der Nationalismusforschung ein, erläutern verschiedene Modelle, wenden diese vergleichend an und befassen sich in einer abschließenden Aufsatzgruppe mit Einzelfragen der böhmisch-slovakischen Geschichte. Im Besonderen soll auf die einführenden Beiträge hingewiesen werden, in denen die theoretischen Fundierungen der Nationalismuserfahrung aus politologischem (JOHN BREUILLY), historischem (MIROSLAV HROCH), soziologischem (JAROSLAV STRÍTECKÝ), literaturwissenschaftlichem (WALTER SCHAMSCHULA), mediaevistischem (FERDINAND SEIBT) und psychologischem (BEDRICH LOEWENSTEIN) Blickwinkel erörtert werden. Auch wenn, je nach fachlicher Ausrichtung des Lesers, nicht jeder der hier formulierten Thesen vorbehaltlos zugestimmt werden kann, bieten diese Beiträge einen profunden Überblick über das notwendige theoretische Rüstzeug, das am Beginn der Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Nationalismus stehen sollte.

Es werden die theoretischen Modelle von Józef Chlebowczyk (WOLFGANG KESSLER), Otto Bauer und Karl W. Deutsch (CHRISTIANE BRENNER, THOMAS WEISER), Ernest Gellner (TOMASZ KIZWALTER), John Breuilly (ANDRÁS VÁRI), Benedict Anderson (MARKUS OSTERRIEDER) sowie das Theorem vom Nation-Building (HANS LEMBERG) beispielhaft dargestellt. Mit der theoretischen Fundierung der nationalen Identitätsbildung der bosnischen Muslime befaßt sich WOLFGANG HÖPKEN und bietet Einblick in einen komplexen, mit den gängigen Erklärungsmustern kaum nachvollziehbaren Prozeß. Grau ist alle Theorie? Nein, blau der Umschlag und blendend hell der Durchblick durch die mit Hilfe solcher Aufsatzsammlungen ins Dickicht der theoriwirren oder theorie-losen Nationalismusliteratur geschlagene Schneise.

H. R.